

## Kreditgenossenschaften

### In besonderem Glanz

Auf 150 Jahre blickt die Wiesbadener Volksbank zurück und sie tut dies in dem stolzen Bewusstsein, bis jetzt offensichtlich eine Menge richtig gemacht zu haben. So verabschiedete sich der langjährige Vorstandsvorsitzende Rolf Hildner mit einem Geschäftsjahr in den Ruhestand, das sein Nachfolger Erwin Deuser als ein „in jeder Hinsicht erfolgreiches“ lobte. Immerhin lieferte das Institut 2010 ein um satte 18,0 Prozent gesteigertes Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von 53,1 Millionen Euro ab, das damit bei 1,64 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme liegt. Als Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit bleiben 44,0 Millionen Euro stehen, was einem Plus von 16,2 Prozent und 1,36 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme entspricht. Damit bestätigen die Wiesbadener im Jubiläumsjahr erneut ihre Ausnahmestellung.

Dabei kommt der Bank zugute, dass sie neben dem Privatkunden- und dem mittelständische Firmenkundengeschäft auch das lukrative Private Banking mit den vermögenden Bürgern erfolgreich zu betreiben versteht. Dass es dem Institut trotz intensiven Wettbewerbs um die wohlhabenden Wiesbadener gelungen ist, den ohnehin beachtlichen Marktanteil um zwei Prozentpunkte auf nunmehr 22 Prozent auszubauen, liegt wohl auch am passenden Ambiente, das eine eigens für die Betreuung der bemittelten Zielkundschaft hergerichtete Villa bietet.

Im Kreditgeschäft, dessen Anteil von fast 70 Prozent an der Bilanzsumme im Vergleich mit anderen Instituten als überdurchschnittlich gelten darf, vermochte die Bank 2010 zu glänzen. Im Privatkundengeschäft sagte sie Finanzierungen im Gesamtvolumen von 182 Millionen Euro zu, im Firmenkundengeschäft waren es 245 Millionen Euro. Damit übertraf das Neugeschäft die Abgänge durch Rückzahlungen und Tilgungen, sodass sich der Bestand an Kundenforderungen um 4,4 Prozent auf 2,224 Milliarden Euro erhöhte. Im Gegenzug wuchsen die Kundeneinlagen um 6,1 Prozent auf 2,646 Milliarden Euro und machten damit 81 Prozent der Bilanzsumme aus. Dabei nutzte die Bank ihr Firmenjubiläum, um den Absatz mit speziellen Produkten und Aktionen zusätzlich anzuregen. Insgesamt setzte sich der Trend zu kurzfristig verfügbaren, flexiblen Anlageformen fort. So wuchsen die Sichteinlagen um 10,6 Prozent auf 1,264 Milliarden Euro und die Termineinlagen um 5,9 Prozent auf 306,9 Millionen Euro, während Sparbriefe und Inhaberschuldverschreibungen um 44,1 Prozent beziehungsweise um 38,4 Prozent zurückgingen. Die von der Bank betreuten Wertpapieranlagen der Kunden erhöhten sich um zehn Prozent.

Mit 86,9 Millionen Euro lag der Zinsüberschuss zehn Prozent über dem Vorjahr und weit oberhalb der Bandbreite des Zinsüberschusses der vorangegangenen Jahre, obwohl die Margen im Einlagengeschäft aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und des intensiven Wettbewerbs um Kundengelder rückläufig waren. Geholfen hat jedoch die steil verlaufende Zinsstrukturkurve, die hohe Erträge aus der Fristentransformation erlaubte. Dabei haben die Wiesbadener den von der BaFin eingeräumten Spielraum nicht ausgeschöpft. In der Simulation des Baseler Zinsschocks, also dem Anheben der Zinsstrukturkurve um 130 Basispunkte, betrage die Barwertveränderung der regulatorischen Eigenmittel lediglich 14 Prozent, erlaubt seien bis zu 20 Prozent.

Problematisch wäre jedoch aus Sicht des Vorstands, wenn die Parameter des Szenarios wie geplant verschärft werden. Würden ein plötzlicher Zinsanstieg um 200 Basispunkte unterstellt und gleichzeitig das Limit für die Veränderung des Barwerts auf zehn Prozent gesenkt, wäre die Vergabe von langfristigen Krediten für Banken kaum noch darstellbar.

Bei den Provisionen steigerten die Wiesbadener den Überschuss um 10,3 Prozent auf 24,4 Millionen Euro. Trotz spezieller Aufwendungen für ihr Jubiläum – wie außerordentliche Gehaltszahlungen und Kosten für die Feierlichkeiten – blieb der Verwaltungsaufwand mit 56,2 Millionen Euro um 3,4 Millionen Euro unter dem Vorjahreswert, der vor allem von einer Neubewertung der Pensionsrückstellungen und fusionsbedingten Anpassungen der Altersversorgung geprägt war. So sanken die Personalkosten trotz Anstiegs der Mitarbeiterzahl von 603 auf 608 um 8,8 Prozent auf 37,7 Millionen Euro, während der Sachaufwand um 1,6 Prozent auf 18,5 Millionen Euro stieg. Insgesamt verbesserte sich die Aufwand-Ertrag-Relation von 54 auf 50,1 Prozent. Um jedoch überhöhten Erwartungen vorzubeugen, kündigt der Vorstand schon mal an, dass sich das prächtige Ergebnis von 2010 in diesem Jahr wohl nicht wiederholen oder gar steigern lassen wird. Es bleibt halt ein besonderes Jahr – in jeder Hinsicht!

L.H.

## Deutsche Börse

### Gewieftes Wachstum

In Berlin wächst eine kleine, feine Börse heran. Zwar ist die Tradegate Exchange eigentlich kein neuer Handelsplatz. Bereits vor etwa zehn Jahren ist er zunächst ohne viel Brimborium als alternativer Handelsplatz von der Berliner Effektengesellschaft betrieben worden. Nachdem er sich vor Jah-

resfrist in eine amtlich regulierte Börse gewandelt hat, ist sein Anteil am hiesigen Retailmarkt allerdings deutlich auf mehr als ein Drittel angestiegen. Übertroffen wird er dabei nur noch vom Frankfurter Parkett, lediglich rund sechs Prozentpunkte fehlen noch zum Marktführer. Diese und mehr erhofft man sich in der Hauptstadt schon in wenigen Monaten erreicht zu haben, wenn die Frankfurter DWP Bank als größter Wertpapierabwickler den Zugang für Sparkassen und Genossenschaftsbanken zur Berliner Plattform freischaltet und somit im Rahmen der „Best-Execution“ zusätzliche Orders nach Berlin fließen.

Der Clou: Zeitlich fast parallel zur Änderung der Rechtsform gingen seinerzeit 75 Prozent plus ein Anteil an der Tradegate Exchange sowie fünf Prozent an dessen Mutter Tradegate AG an die Deutsche Börse über, samt Optionen auf mehr. Dort steht auf dem Parkett der Frankfurter Wertpapierbörse (FWB) der Übergang vom Xontro- zum haus-eigenen Xetra-System an – und damit zu einem der Tradegate ähnlichen Marktmodell. Zwar sieht man nach eigenen Angaben zu einer Fusion beider Retail-Plattformen beim Frankfurter Marktbetreiber erst einmal keinen Anlass. Aber auch ohne einen solchen hat die Deutsche Börse mit dem Erwerb von Tradegate und dem Umbau der FWB aus einem immer bedeutungsloser werdenden Geschäftsbereich – dem zuvor allein über den Frankfurter Präsenzhandel betriebenen Retailgeschäft – wieder ein profitables, modernes und zukunftsträchtiges Segment aufgebaut.

Auch in einer anderen Marktnische setzt sich der Frankfurter Handelsplatzbetreiber immer stärker durch kleinere Zukäufe fest. Kurz vor Jahresende hat die zusammen mit der schweizerischen SIX Swiss Exchange betriebene Tochter Eurex bekannt gegeben, die bislang von der Landesbank Baden-Württemberg gehaltenen Anteile an der Leipziger Strombörse European Energy Exchange übernehmen zu wollen. Zusammen mit den bereits zuvor erworbenen 35 Prozent hätte die Terminbörse dann sogar die Kontrollmehrheit an der EEX. Letztere darf in zum Teil noch unerschlossenen europäischen Energiemärkten für die kommenden Jahre ebenfalls ein gutes Wachstum erwarten, samt soliden Gewinnen (siehe auch Kreditwesen 1-2011).

Mit den Beteiligungen an Tradegate und EEX hat sich die Deutsche Börse also vergleichsweise kleine, dafür aber wachstumsstarke Investitionsprojekte ausgesucht – und verfolgt damit eine gewieftete Expansionsstrategie. Denn die großen Wettbewerber haben sich im Konsolidierungsprozess untereinander zu manövrierunfähigen Molochen entwickelt und trotz zum Teil gigantischer Übernahmekosten kaum die erhofften Synergien erreicht. Sollte es dem Frankfurter Marktbetreiber mit Tradegate und

EEX ähnlich ergehen, ist wenigstens kein großer finanzieller Schaden entstanden. Im Moment sieht es zum Glück für die Deutsche Börse aber weder nach dem einen noch nach dem anderen aus.

## Insolvenzstatistik

### Doch nicht so schlimm?

Zum Glück kam es anders: Hatten die Insolvenzprognosen vor einem Jahr noch ein markant düsteres Bild gezeichnet und neue Höchststände vorhergesagt, können sowohl das Statistische Bundesamt wie auch die Wirtschaftsauskunftei Creditreform sogar einen Rückgang der Unternehmenspleiten im Jahr 2010 konstatieren. Um 2,5 Prozent auf 32 100 Fälle sind diese laut Letzterer zurückgegangen. Beruhigend auf das Insolvenzgeschehen habe sich dabei neben dem wieder anziehenden Exportgeschäft auch die Binnennachfrage und die Entspannung an den Finanzmärkten ausgewirkt. Noch bedeutender ist dabei der Rückgang des durch die Insolvenzen entstandenen Schadens. Auf insgesamt 35,4 Milliarden Euro summierte sich dieser. So hoch diese Summe in unbedarften Ohren klingen mag, gegenüber dem Vorjahreswert von 78,9 Milliarden Euro stellt er einen Rückgang um mehr als die Hälfte dar. Die durchschnittliche Schadenssumme pro Insolvenz reduzierte sich sogar noch stärker, sie ging von 1,94 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 785 000 Euro im zurückliegenden Erfassungszeitraum zurück.

Alles gut also? Nicht unbedingt, denn die Statistik birgt auch ein deutliches Warnsignal. So hat sich die Zahl der Verbraucherinsolvenzen im Jahr 2010 deutlich um 10,9 Prozent erhöht. Mit 111 800 Fällen wurde hier seit der Eröffnung der Entschuldungsmöglichkeit von Privatpersonen vor zehn Jahren ein Negativrekord erreicht. Daraus werden sich sicherlich auch Rückwirkungen auf den Konsum und damit das Geschäft gerade kleinerer und mittelständischer Unternehmen ergeben. Zwar stieg auch die Zahl der Gewerbeanmeldungen laut Creditreform leicht um 3,5 Prozent auf 895 000 an – den höchsten Stand seit fünf Jahren. Dennoch zeigt der Blick auf die bundesstatistischen Zahlen, dass bei Unternehmensgründungen, deren Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen, von Januar bis September 2010 ein Rückgang um 1,9 Prozent zu konstatieren war. Auch wenn die Gesamtzahlen für das Jahr 2010 also erst einmal zuversichtlich stimmen dürfen, so ist die wirtschaftliche Lage im deutschen Mittelstand noch lange nicht stabil – mit allen Konsequenzen auch für das (Kredit-)Geschäft der Banken.

### Euro

#### Drohende Anzeichen von Untraktierbarkeit

Die Mitte Dezember von EZB-Präsident Jean-Claude Trichet gegenüber den nationalen Chefs der Zentralbanken der Eurozone ausgesprochene Bitte um eine annähernde Verdopplung des EZB-Kapitals von 5,8 auf 10,8 Milliarden Euro – der umgehend entsprochen wurde – hat einen ominösen Hintergrund. Es ist die sich immer stärker durchsetzende Einsicht, dass Griechenland, Irland und Portugal, trotz der Rettungspakete für die ersten beiden Länder und trotz des Europäischen Stabilisierungsfonds, der eigentlich dazu geschaffen wurde, um weitere Rettungspakete entbehrlich zu machen und Länder wie Portugal (und Spanien und Italien) zu schützen, eine Restrukturierung ihrer Staatsschulden nicht abwehren können.

Die EZB hat bereits Staatsanleihen peripherer EU-Länder in einem Umfang von 72 Milliarden Euro angekauft, um Spekulationen abzuwehren und den Markt zu beruhigen. Aber das ist nicht gelungen. Denn die Märkte wollen jetzt wissen, in welchem Umfang Anleihegläubiger gezwungen werden sollen, einen Beitrag zu leisten, also ein Opfer zu bringen im Wege von teilweisen Forderungsverzichten, Laufzeitverlängerungen oder Zinssenkungen. Der Markt weigert sich einfach zu akzeptieren, dass ein solches Restrukturierungsregime sich nur schrittweise zwischen heute und 2013 konkretisieren soll.

Deutschland und andere EU-Länder wie die Niederlande, Finnland und Schweden insistieren darauf, dass die notwendigen Anpassungsmaßnahmen schergewichtig von denjenigen Ländern vorgenommen werden müssten, die gegen die EU-Stabilitätskriterien verstoßen hätten. Gleichzeitig hat Deutschland aber zuvor dem Druck in Richtung eines vollständigen Gläubigerschutzes, also insbesondere der Bankengläubiger, bei den Rettungspaketen für Griechenland und Irland nachgegeben. Dieser kam von der politischen Peripherie Europas, aber noch dringlicher von den europäischen Banken und übrigen institutionellen Anlegern wie Versicherungsgesellschaften und Pensionsfonds. Angela Merkel ist angesichts zunehmenden politischen Drucks aus Deutschland einerseits und immer unabweisbarer Staatsschuldungen andererseits mit einem wenig beneidenswerten Dilemma konfrontiert.

Die EZB wäre technisch insolvent, wenn sie zu Wertberichtigungen von mehr als 15 Prozent ihrer gegenwärtigen Staatsanleihebestände gezwungen wäre mit einer Exposure vor allem gegenüber den schwächeren EU-Staatsadressen. Andererseits

könnte eine Fortsetzung bislang praktizierter Routinen wie weitere Liquiditätszufuhren, Rettungspakete und Offenmarktkäufe von EU-Staatsanleihen durch die EZB noch heftigere politische Gegenreaktionen bei anstehenden Wahlen in gleich welchem europäischen Land auslösen und – was noch gefährlicher ist – nicht mehr vom Markt getragen werden: Deutschlands Bonität reicht einfach nicht für ein gesamteuropäisches Rettungspaket. In skeptischer Reaktion auf die Möglichkeit der bevorstehenden Emission von sogenannten Euro Bonds, wie sie vom Luxemburger Ministerpräsident Juncker vorgeschlagen wurden, die gemeinschaftlich von allen Eurozone-Mitgliedsländern begeben und garantiert werden würden, stiegen die Renditen der 10-jährigen Bundesanleihen während der letzten Wochen bereits um mehr als 27 Prozent auf über 3,05 Prozent.

Aus diesem Dilemma wird es keinen leichten Ausweg mehr geben, keine Patentlösung. Die weitere Verzögerung rigoroser Maßnahmen wird die bereits eingetretenen Schäden nur steigen lassen. Angela Merkels Fehler war nicht, Bail-ins bei zukünftigen Staatsschuldungen zu verlangen, sondern sich nicht bereits bei dem ersten Paket zur Rettung von Griechenland stärker für eine substanzielle Einbeziehung der Anleihegläubiger eingesetzt zu haben.

Michael Altenburg

### Persönliches I

#### Zu Eckart van Hooven

Er war durchaus ein besonderer Mann. Denn dass Banker, nein besser: Bankiers, öffentlich Politik machen und den politischen „Wettbewerb“ sogar lieben, ist schon sehr ungewöhnlich. Aber Eckart van Hooven brachte sich da immer ausgesprochen gern ein. Ob in Frankfurts Nobelhügeln Königstein, ob im Taunus-Kreistag, ob vor allem in seiner Heimatstadt Hamburg, wo er beinahe, nur um ein paar Hundert Stimmen unterlegen, das CDU-Bundestagsmandat in einem uralten SPD-Wahlkreis gewonnen hätte – die Deutsche Bank allein genügte ihm nie.

Dabei ist er dort, noch dazu als promovierter Jurist, in das ungewöhnlichste Ressort der klassischen deutschen Großbank hineingewachsen, in das Privatkundengeschäft. In seinem (im Knapp-Verlag erschienenen) Lebensbericht „Meistbegünstigt“ beschreibt er seine Anfänge im Hamburger Zweigstellenbus mit der Beleihung eines alsbald notleidenden Schlachtschweins zwar sehr unterhaltsam. Aber das war sein Alltag in der erlauchten Bank, wo er Oheimb von Hauenschild nachfolgte, keineswegs. Konsumentenkredit, Sparkonten, Privatgiro für fast

jedermann, das war nichts, was die Herren Kollegen goutierten. Van Hooven und seine Geschäfte galten ihnen lange als Fremdkörper, sozusagen als unordentlich. Aber gerade dadurch, dass van Hooven in fast jahrzehnteweiter Voraussicht die Emanzipation des „gewöhnlichen“ Bürgers zum Bankkunden mitnichten allein Sparkassen und Genossenschaften überlassen wollte, gewann das, was wir heute lässig Retail Banking nennen, das nötige Ansehen. Wenn man es etwas überhöht ausdrückt: Männer wie Eckart van Hooven, wie Günter Schneider bei KKB und später Postbank, wie Helmut Geiger, der Sparkassenpräsident, haben das neue „Mengengeschäft“ sehr bewusst auch als ein Geschehen bewertet, mit dem die politische Freiheit „des Volkes“ endlich in eine wirtschaftliche mündete. Und so schön nebenbei: Es hat Bilanzjahre in der Deutschen gegeben, in denen der Ergebnisbeitrag der Hooven-Ressorts fast die Hälfte des Ganzen erreichte.

Dennoch, van Hooven hat es gelegentlich erzählt, mochte die Vorstandsmehrheit in das Retail damals mitnichten investieren. Die ganze Düsseldorfer Kundenkreditbank KKB, die dann die Citibank kaufte, hätte die Deutsche schon in den Sechzigern haben können. Und später dann, man glaubt es kaum, wäre American Express zu haben gewesen. Das wäre wahrhaftig eine faszinierende Geschichte geworden. Denn in seinem Bemühen, das Privatkonto zum Schlüssel für die gesamte Kundenbeziehung werden zu lassen, hatte van Hooven samt befreundeten Überzeugungstätern dieses Konto mit einer sehr einfachen Errungenschaft fast allzeit und überall verfügbar gemacht – mit der Erfindung des „eurocheque“. Dies war nichts anderes als der alte Bankscheck, aufgewertet durch institutsübergreifende Garantien. In seiner Glanzzeit war er mit den Deutschbankiers van Hooven und Ulrich Weiss auf bestem Wege, Europas führendes unbares Zahlungsmittel zu werden. „Amerikanische“ Kreditkartenunternehmen, die mit ihren Instrumenten „deutsche Sparkonten“ plündern wollten, avancierten in dieser Zeit zu grässlichen Feindbildern. Aber – die Kreditwirtschaft hielt bekanntlich nicht durch. Die Einbildung, mit dem kartengestützten Zahlungsverkehr im institutsspezifischen Wettbewerb zu siegen, ließen die Fronten brechen. Immerhin: Mit „Eurocard“ als eigener deutsch-europäischen Kreditkarte gelang es van Hooven wenigstens, Mastercard zu erheblichen Zugeständnissen für den Anschluss zu bewegen.

Was van Hooven nicht mehr gelang: als Hamburger die ostdeutsche Werftindustrie vor der Zerschlagung zu bewahren – und Mitteleuropa mit Skandinavien per Brücke zu verbinden. Aber zumindest das Zweite konnte er zu seinem 85. Geburtstag doch noch als beschlossene Sache lesen. Unser Mitherausgeber Eckart van Hooven starb am 28. Dezember 2010.

## Persönliches II

### Eroberer und Farmer

Gemeinhin gelten Eroberer als einnehmend, zielstrebig, forsch und schnell. Den Farmern dagegen schreibt man eher Geduld, Nachhaltigkeit und Gründlichkeit zu. Das eine schließt das andere zumindest in der breiten Wahrnehmung weitestgehend aus. Muss es aber nicht immer: Es gibt Beispiele von Menschen, die sowohl die Eigenschaften des Eroberers als auch die des Farmers wunderbar miteinander zu verbinden wissen. 17 Jahre lang arbeitete Rüdiger von Fölkersamb bei und für die Deutsche Leasing, davon zehn Jahre im Vorstand. Es war wahrlich eine spannende Zeit, fallen doch die Neuordnung der Eigentümerstruktur mit der vollständigen Übernahme der früheren Landesbanken-Anteile durch die Sparkassen im Jahr 1999 ebenso wie die Bereinigung der Leasinglandschaft innerhalb der deutschen Sparkassen-Organisation (mit Ausnahme der Süd-Leasing) in die Ära. Darüber hinaus war von Fölkersamb, der mit dem langjährigen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Leasing Hans-Michael Heitmüller ein nahezu unschlagbares Duo bildete, am Erwerb der AGV (was über die AGV-Tochter Deutsche Anlagen Leasing DAL den Schritt vom Immobilien-Leasing-Nischenspieler zum echten Vollsortimenter bedeutete) und natürlich an der Auslandsexpansion direkt beteiligt.

Der Aufbau des Auslandsstützpunktnetzes und damit verbunden ein umfassendes Angebot für Firmenkunden der Sparkassen ist sicherlich sein größter Verdienst. Ein bis zwei neue Niederlassungen wurden pro Jahr zwischen 2001 und 2010 eröffnet. Das Engagement, mit dem der Diplomatensohn die Welt bereiste, brachte ihm den ehrenvollen Spitznamen „Genschman der DL“ ein und der amtierende Vorstandschef Kai Ostermann stellte fest: „Vielleicht ist es ganz gut, wenn er nun in Rente geht, sonst erobert er auch noch den Rest der Welt.“ Doch wie gesagt, es ging von Fölkersamb nie nur um das Erobern, sondern er sah seine Pflänzchen auch gerne wachsen und gedeihen. Und wenn nun in Sachen Expansion seitens der neuen Führung ein wenig Zurückhaltung geübt wird, ist das keine Abkehr von der bislang so erfolgreichen Strategie. Man ist einfach schon fast überall, wo man als Anbieter von Finanzierungslösungen auf dieser Welt sein muss. Oder es liegt tatsächlich am herben Verlust der treibenden Kraft, wer weiß das schon? Ende Januar verabschiedet sich von Fölkersamb nun von der Deutschen Leasing. Der Branche bleibt er aber erhalten: Bereits seit dem vergangenen Jahr leitet der Professor das FHM-Institut für Finanzmanagement an der privaten Hochschule in Bielefeld und möchte so ein Stück des Erlebten und Erfahrenen an den „Nachwuchs“ weitergeben. Das macht Hoffnung! ■■■■■